

Niederschrift

über die 15. öffentliche Sitzung
des Schulausschusses

am Donnerstag, dem **19.11.2015**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 06.10.2015**
- 4. Baumaßnahmenkonzept für die drei Grundschulen
Vorlage: 200/2015**
- 5. Antrag der Grundschule Sande auf Schaffung zusätzlicher Parkplätze
Vorlage: 201/2015**
- 6. Kindertagespflege in Ergänzung des Ganztagschulangebotes (ehemalige Randbetreuung)
Vorlage: 202/2015**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Beigeordnete Ulrike Schlieper	Ausschussvorsitzende
Ratsfrau Isabel Bruns	
Ratsherr Oliver Kohls	
Ratsherr Stephan Lange	
Beigeordneter Matthias Lührs	
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier	
Ratsfrau Annika Ramke	

Vertreter/in der Lehrer

Manja Dobiasch	fehlt entschuldigt
Angelika Haak	
Susanne von Senden	

Vertreter/in der Eltern

Ingo Roßkamp
Susanne Wurm

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg	
Verwaltungsfachangestellter Hans-Hermann Tramann	
Bautechnikerin Patricia Runck	bis 17.50 Uhr
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer	als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 vom 06.10.2015

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Baumaßnahmenkonzept für die drei Grundschulen Vorlage: 200/2015

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die Einzelmaßnahmen pro Schule von der Verwaltung mit ergänzenden Erläuterungen vorstellen zu lassen.

Grundschule Neustadtgödens:

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich zu den beiden vorgesehenen Podesten, ob unter Berücksichtigung der Tatsache, dass derzeit kein auf einen Rollstuhl angewiesenes Kind in der Schule unterrichtet wird, ein Podest ausreicht. Die Verwaltung verwies diesbezüglich darauf, dass der hintere Eingang auch mit einem Podest ausgestattet werden sollte, damit Rollstuhlfahrer, die die Turnhalle nutzen, in der kein Behinderten-WC vorhanden ist, direkt über diesen Eingang in die Schule gelangen, um dort das WC aufzusuchen. Es wurde zudem von einem Ausschussmitglied informiert, dass in dem Bereich der Schule derzeit eine Kindergartengruppe untergebracht ist und Eltern, die ihre Kinder abholen, ebenfalls auf die Rampe angewiesen sind.

Nachgefragt nach den unterschiedlich hohen Kosten für den Bau der Podeste an den Schulen wurde die Erklärung abgegeben, dass die Podestgrößen unterschiedlich sind, da diese in Abhängigkeit der derzeitigen Stufenanzahl und des zu überbrückenden Höhenunterschiedes stehen. Zu der vorgeschlagenen Möglichkeit, die Rampe mit dem Podest erst bei Bedarf einzubauen, verwies die Verwaltung auf die rechtlichen Vorgaben zur Umsetzung der Barrierefreiheit bis Mitte 2018.

Grundschule Cäcilienroden:

Zu der Nachfrage eines Ausschussmitgliedes zur Erforderlichkeit eines Fahrstuhls führte die Verwaltung aus, dass im Obergeschoss der Schule keine Facharbeitsräume vorhanden sind und man mit einem gehbehinderten Kind auf einen Klassenraum im Erdgeschoss ausweichen könnte.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde von der Verwaltung die Wirkweise der Aufmerksamkeitsfelder erläutert.

Turnhalle Cäcilienroden:

Die Verwaltung erläuterte, dass die Turnhalle bei der Beurteilung der Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit außen vor gelassen wurde, da in der Turnhalle im Obergeschoss ein Werkraum untergebracht ist, der nur mit einem sehr hohem Kostenaufwand Behindertengerecht erschlossen werden kann. Die Turnhalle selber ist ebenerdig, ein Behinderten-WC wäre nach dem vorgesehenen Umbau in der Grundschule vorhanden und nutzbar. Aufgrund der Nachfrage eines Ausschusmitgliedes, ob für die übrigen Nutzung in der Turnhalle ein Umbau der Halle erfolgen muss, vertrat die Verwaltung die Ansicht, dass es zum jetzigen Zeitpunkt darum geht, die für die Schule geltenden rechtlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit zu erfüllen.

Ein Ausschusmitglied wies auf den Zustand der alten Sanitäreanlagen hin, die aus dessen Sicht erneuerungsbedürftig sind, wozu die Verwaltung ausführte, dass derzeit keine zwingende Notwendigkeit für diese Maßnahme besteht und ein Umbau rund 75.000 € oder mehr kosten würde.

Grundschule Sande:

Auch bei dieser Schule wurde die Notwendigkeit der Schaffung von 3 Podesten hinterfragt und von der Verwaltung darauf verwiesen, dass die Schule über drei Treppenhäuser verfügt, die man verlassen können muss. Es wird diesbezüglich aber nochmals Rücksprache mit der Brandschutzbeauftragten des Landkreises Friesland gehalten.

Im Anschluss an die Vorstellung der Einzelmaßnahmen erkundigte sich ein Ausschusmitglied, ob der Gemeinde die Landeszuschüsse für Inklusionsmaßnahmen verloren gehen, falls in diesem Jahr keine Maßnahmen umgesetzt werden. Hierzu führte die Verwaltung aus, dass das Land Pauschalen gewährt, unabhängig vom Kostenvolumen der Maßnahme und dem Umsetzungszeitraum.

Auf Nachfrage begründete die Verwaltung die vorliegende Prioritätenliste, bei der insbesondere dem Umstand Rechnung getragen wurde, dass die Barrierefreiheit bis Mitte 2018 umgesetzt sein muss. Es wurde sich jedoch vorbehalten, einzelne Maßnahmen zu tauschen, sofern derzeit noch nicht absehbare Umstände dies erforderlich machen.

Bürgermeister Eiklenborg gab unter Bezugnahme auf die Schulentwicklungsdebatte zu bedenken, dass die geplanten Investitionen nachhaltig sein müssen, da ansonsten gegen das Haushaltsrecht verstoßen wird. Es wurde die Hoffnung geäußert, die Schulstandorte in Cäcilienroden und Neustadtgödens durch den Zuzug von Flüchtlingen sichern zu können, wodurch eine Nachhaltigkeit der Investitionen gegeben wäre.

Abschließend ergab sich eine kurze Diskussion zur Formulierung des Beschlussvorschlages, da von einem Ausschussmitglied die Ansicht vertreten wurde, dass über die Anerkennung der Maßnahmen und der Prioritätenliste getrennt abgestimmt werden sollte. Es erfolgte sodann eine Anpassung wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Dem vorgestellten Baumaßnahmenkonzept für die drei Grundschulen wird zugestimmt. Die finanziellen Auswirkungen sind im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen

**5. Antrag der Grundschule Sande auf Schaffung zusätzlicher Parkplätze
Vorlage: 201/2015**

Ein Ausschussmitglied vertrat die Ansicht, dass nur so viele Parkplätze ausgewiesen werden sollten, wie es die rechtlichen Vorgaben vorsehen. Danach muss nach Aussage der Verwaltung pro 30 Kinder 1 Parkplatz vorhanden sein. Es gibt jedoch keine Vorschriften, die besagen, dass eine spezielle Ausweisung der Parkplätze erfolgen muss. Von der Schulleitung der Grundschule Sande wurde jedoch der Wunsch geäußert, dennoch so zu verfahren, wie es auch an vielen anderen Schulen üblich ist. Dem wurde von einem Ausschussmitglied entgegengehalten, dass die Gemeinde das dann bei allen öffentlichen Einrichtungen wie Rathaus, Jugendzentrum, Kindergärten etc. umsetzen müsste und eine Beschilderung von daher abgelehnt wurde.

Als Argument für die Beschilderung wurde von mehreren Ausschussmitgliedern angeführt, dass sich der Rangierverkehr der Eltern reduzieren würde und damit eine höhere Sicherheit für die Kinder erreicht werden könnte. Dazu wurde zu bedenken gegeben, dass sich der Bring- und Abholverkehr in dem Fall voraussichtlich auf die Straße verlagern würde.

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen

**6. Kindertagespflege in Ergänzung des Ganztagsschulangebotes
(ehemalige Randbetreuung)
Vorlage: 202/2015**

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich bei der Verwaltung, welche

Belegungsstärke vorausgesetzt wird, um das Angebot dauerhaft zu etablieren. Seitens des Bürgermeisters wurde eine Stärke von 10 Kindern benannt und ergänzt, dass die Aufnahme des Punktes auf die Tagesordnung lediglich als Information dient, da gemäß Beschlusslage eine erneute Beratung erst Ende des Schulhalbjahres erfolgen soll. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei einer Gruppenstärke von 10 Kindern zwei Betreuungskräfte eingesetzt werden müssen. Im Übrigen wurden die vorgestellten Zahlen vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

7. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin